

Beschluss (vorläufig)

Dringlichkeitsantrag: Humanität und Ordnung: für eine anpackende, pragmatische und menschenrechtsbasierte Asyl- und Migrationspolitik

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 26.11.2023
Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge

Antragstext

- 1 Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat im vergangenen Jahr die größte
2 Fluchtbewegung in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg ausgelöst. Darüber hinaus suchen wieder
3 mehr Menschen Schutz, die von Terror, Krieg oder politischer Verfolgung in Heimatländern wie
4 Afghanistan oder Syrien bedroht sind. Bund, Länder und Kommunen haben in den zurückliegenden
5 Jahren hart daran gearbeitet, den Menschen, die zu uns kommen, eine Unterkunft zu geben und
6 sie zu versorgen. Insbesondere die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung der Kommunen -
7 von den Bürgermeister*innen bis zu den Sachbearbeiter*innen - sowie die viele Freiwillige
8 haben dabei Unschätzbare geleistet. Ihnen allen gilt unser Dank.
- 9 Gleichzeitig gilt: Seit 2022 hat Deutschland insgesamt rund 1,6 Millionen Geflüchtete
10 aufgenommen, davon rund 1,1 Millionen Menschen aus der Ukraine. Die Menschen konnten bis
11 jetzt weitgehend gut in Ländern und Kommunen untergebracht werden. Mittlerweile ist die
12 Situation jedoch in mehr und mehr Kommunen angespannt. Insbesondere dort, wo es schon bisher
13 an Wohnraum fehlte, an Personal bei der Kinderbetreuung und in Behörden, sehen sie ihre
14 Möglichkeiten derzeit erschöpft. Die Integrationsarbeit, soziale Infrastruktur und
15 insbesondere die Betreuung unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter wird erschwert. Die
16 vielen Ehrenamtlichen engagieren sich bereits seit vielen Jahren sehr intensiv. Aufgrund der
17 Herausforderungen sehen wir es als unseren Auftrag, die Kommunen und die Zivilgesellschaft
18 mehr und vor allem verlässlich bei Unterbringung, Versorgung und Integration zu
19 unterstützen.
- 20 Vor diesem Hintergrund war es wichtig, dass Bund und Landesregierungen unterschiedlicher
21 Konstellation im Rahmen der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) vom 6. November in der Lage
22 waren, zu einer breiten Einigung unter den demokratischen Parteien zu kommen. Diese Einigung
23 bietet eine Grundlage, um die Kommunen bei der Bewältigung ihrer großen Aufgabe zu
24 unterstützen: Einige Punkte, wie etwa die geplante Verlängerung des Grundleistungsbezugs des
25 Asylbewerberleistungsgesetzes finden wir grundsätzlich falsch. Das Vertrauen der Menschen in
26 diesem Land in demokratische Institutionen hängt auch davon ab, ob und wie die
27 Herausforderungen angegangen werden. Wir wissen, dass wir Verantwortung für den Zusammenhalt
28 im Land tragen. Unser Land kann diese Aufgabe meistern. Wir sind kompromissbereit, aber mit
29 uns gibt es nur Kompromisse, die mit Menschenrechten vereinbar sind.
- 30 Dabei setzen wir in der Migrationspolitik auf Humanität und Ordnung. Diese bedingen
31 einander. Denn Humanität kann es dauerhaft nur mit geordneten Verfahren geben, während
32 Abschottung zu Chaos führt. Es braucht klare Regeln, die den Menschen in Not helfen. Die
33 Hilfe muss gleichzeitig vernünftig organisiert sein.

34 Deutschland ist aus gutem Grund grundgesetzlich, völkerrechtlich und historisch einer Asyl-
35 und Migrationspolitik der Humanität verpflichtet. Deutschland als eines der größten
36 Aufnahmeländer Europas darf seine Verantwortung, Empathie und Menschlichkeit nicht aufgeben.
37 Hinter jeder Zahl und jeder Statistik verbirgt sich ein Mensch, eine Familie, ein Schicksal.
38 Die Menschen sind gezwungen, ihre Heimat zu verlassen und fliehen beispielsweise vor Krieg
39 und Vertreibung. Wir wollen Schutzbedürftigen helfen, unserer humanitären Verantwortung
40 gerecht werden und hierfür auch sichere Fluchtwege gewährleisten. Eine besondere
41 Verantwortung haben wir für Menschen, die sich für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit oder
42 Frauenrechte eingesetzt haben und dadurch nun zum Beispiel in Afghanistan in Gefahr sind.
43 Auch unsere Ortskräfte lassen wir nicht zurück - sie zu schützen ist eine moralische und
44 politische Verpflichtung. Deswegen hat die Bundesregierung bereits über 40.000
45 Aufnahmezusagen erteilt, von denen bisher über 30.000 einreisen konnten. Darüber hinaus
46 wollen wir beispielsweise das Bundesaufnahmeprogramm Afghanistan vorantreiben. Wir arbeiten
47 intensiv daran die Visaverfahren und Überprüfung ebenso zu beschleunigen, wie die Ausreise
48 der betroffenen Personen mit Aufnahmezusage.

49 Wir wollen Menschen auch Möglichkeiten und Chancen bieten. Wir brauchen Menschen, die zu uns
50 kommen und hier arbeiten wollen. Denn unsere Gesellschaft braucht Migration, unsere
51 Wirtschaft benötigt Fach- und Arbeitskräfte. Deshalb haben wir für erste Erleichterungen
52 beim Zugang zum Arbeitsmarkt für bereits hier lebende Asylsuchende und eine dauerhafte
53 Perspektive bis hin zur Staatsbürgerschaft in Deutschland gesorgt und wollen diesen Weg
54 weiter gehen: Wir wollen Deutschland zu einem stabilen und gut funktionierenden
55 Einwanderungsland machen. Auch deshalb können wir es uns nicht leisten, dass Menschen aus
56 anderen Ländern sich bei uns nicht willkommen fühlen.

57 Eine Politik wiederum, die das Heft des Handelns aus der Hand gibt, kommt ihrer
58 Verantwortung nicht nach und verliert die Akzeptanz der Bürger*innen. Wir wissen: Steuerung,
59 Ordnung und Rückführung gehören zur Realität eines Einwanderungslandes wie Deutschland dazu.
60 Es braucht legale und sichere Wege zu uns, jenseits einer menschenfeindlichen Festung Europa
61 einerseits und unkontrollierter Grenzen andererseits. Wir verteidigen das Grundrecht auf
62 Asyl und unsere internationalen Verpflichtungen wie die Genfer Flüchtlingskonvention. Wir
63 wollen aber nicht nur ein Bekenntnis abgeben, wir wollen diesen Anspruch pragmatisch
64 umsetzen: Wir packen reale Probleme an und entwickeln tatsächliche Lösungen. Das bedeutet:
65 Wir wollen Kapazitäten ausbauen, die soziale Infrastruktur stärken und tragfähige Strukturen
66 schaffen. Wir stehen für einen ehrlichen Umgang mit großen Herausforderungen. Wir wollen
67 dafür sorgen, dass weniger Menschen nach Europa fliehen müssen und dass die Schutzsuchenden
68 besser verteilt werden. So tragen wir dazu bei, dass die Herausforderung rechtsstaatlich und
69 menschenwürdig bewältigt und gestaltet werden kann.

70 Die EU ist ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts. Das Recht auf Freizügigkeit
71 innerhalb Europas war und ist eine der größten Errungenschaften für das Zusammenwachsen der
72 europäischen Gemeinschaft. Deshalb lehnen wir dauerhafte und stationäre
73 Binnengrenzkontrollen ab. Sie lösen keine Probleme, belasten den Personenverkehr der
74 Grenzregionen und schädigen die Wirtschaft. Zudem stellen sie eine enorme Belastung für
75 unsere Polizist*innen dar, die an anderer Stelle dringender gebraucht werden. Deshalb lehnen
76 wir sie ab.

77 Kurzum: Nur eine Politik, die Werte und Wirklichkeit verbindet, wird auf Dauer tragen. Dafür
78 wollen wir selbstbewusst eintreten: Wir hören zu, nehmen Probleme ernst und setzen uns für
79 eine rechtsstaatliche und menschenrechtsbasierte Asyl- und Migrationspolitik ein, die
80 unseren Zusammenhalt stärkt und erweitert. Im Zentrum unserer Politik steht auch hier der
81 Mensch in seiner Würde und Freiheit.

82 Wir wissen um die Tragweite unserer Entscheidungen. Jede vermeintliche Kleinigkeit im
83 Regelwerk kann existenzielle Auswirkungen für Menschen haben. Als eine Partei, die sich auch
84 für den Einsatz für die universellen Menschenrechte inklusive der Minderheitenrechte
85 gegründet hat, sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stets dem Grundsatz der Humanität verpflichtet.
86 Diese in eine Ordnung zu gießen, ist nun das Gebot. Wir suchen und geben Antworten, die dem
87 Ernst und der Größe der Herausforderung angemessen sind, statt es uns mit einfachen
88 Antworten und unsachlichen Profilierungsversuchen leicht zu machen, wie es die
89 Populist*innen tun. Eine Obergrenze ist weder machbar noch rechtens noch human. Wir sehen es
90 als unsere Aufgabe, die Gesellschaft zusammenzubringen. Wir stellen uns den zum Teil
91 rassistischen Debatten entgegen und stehen an der Seite derer, die unter ihnen besonders
92 leiden.

93 Migration ist eine Gestaltungsaufgabe für die Politik - ob sie aus Furcht um das eigene
94 Leben geschieht oder auf der Suche nach einer guten Zukunft. Wir streiten ernsthaft um den
95 richtigen Weg, auch stellvertretend für die Gesellschaft. In Demut vor der Aufgabe und im
96 Wissen darum, dass es keine einfachen Lösungen gibt.

97 **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich ein für:**

98 **1. Kommunen unterstützen**

99 Wir wollen Städte und Gemeinden besser unterstützen, finanziell stärken und dabei
100 sicherstellen, dass die notwendigen Mittel zu ihrer Entlastung weitergegeben werden. Es ist
101 gut, dass Bund und Länder bei der finanziellen Unterstützung einen wichtigen Schritt
102 vorangekommen sind. Dafür haben wir lange gekämpft. Als Teil der Ampelregierung sorgen wir
103 für eine dauerhafte, ausreichende und strukturelle Finanzierung durch den Bund, die die
104 langfristige Planungssicherheit für Länder und die Kommunen ermöglicht. Gleichzeitig
105 etablieren wir eine flexible Komponente, die Kommunen proportional zur Zahl der
106 Schutzsuchenden unterstützt. Nun ist klar: Wenn mehr Geflüchtete von einer Kommune versorgt
107 werden, steigen auch die entsprechenden finanziellen Mittel. Außerdem wollen wir, dass
108 Aufnahmekapazitäten dauerhaft erhalten bleiben und finanziell abgesichert werden. Die von
109 der MPK eingesetzte Kommission zu Migration und Integration soll auch einen Vorschlag
110 erarbeiten, wie ein langfristig zukunftsfähiges Finanzierungsmodell für eine gelungene
111 Unterbringung und Versorgung Geflüchteter aussehen kann. Die Stimmen der Kommunen müssen
112 dabei Gehör finden. Außerdem wollen wir, dass Aufnahmekapazitäten dauerhaft erhalten bleiben
113 und deren Vorhaltung finanziell abgesichert wird. Der Grundstein für Integration wird in den
114 Kommunen gelegt. Hier müssen die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen und dauerhaft
115 erhalten werden. Diesen Weg gehen wir weiter und wollen auch dafür sorgen, dass
116 funktionierende Modellprojekte und Wege von Kommunen und Ländern Schule machen und
117 bundesweiter Standard werden.

118 **2. Soziale Infrastruktur ausbauen**

119 Wir wollen unsere soziale Infrastruktur stärken und Investitionen auf den Weg bringen.
120 Bereits bestehende Probleme, die wir alle im Alltag spüren, nicht nur bei der Aufnahme von
121 Geflüchteten, verstärken die Herausforderungen vielerorts: Unsere soziale Infrastruktur muss
122 dauerhaft stärker und die Kommunen entsprechend ausgestattet werden. Der Mangel an Wohnraum
123 oder die unzureichende Anzahl an Schul- und Kitaplätzen wurde in den letzten Monaten noch
124 einmal deutlich. Dieses Problem ist keines, das wir allein für die Geflüchteten angehen
125 müssen, sondern für die gesamte Gesellschaft. Doch sind die Geflüchteten oft die ersten,
126 denen die fehlenden Kapazitäten zu Unrecht angelastet werden. Klar ist: Es wurde zu lange zu
127 wenig getan. Wir wollen deshalb in Wohnraum investieren und dafür sorgen, dass insbesondere
128 mehr Wohnungen mit sozialer Bindung entstehen. Wir wollen auf allen Ebenen in den Ausbau
129 guter Schulen und Kitas investieren. Dafür müssen wir mehr Lehrer*innen und Erzieher*innen

130 gewinnen und ausbilden. Indem wir mit einer sozialen Politik zum Beispiel für bezahlbaren
131 Wohnraum und gute Löhne sorgen, sichern wir den Zusammenhalt der Gesellschaft und entziehen
132 rechten Populist*innen, die Menschen gegeneinander ausspielen und unsere Gesellschaft
133 versuchen zu spalten, den Nährboden.

134 **3. Integrationsoffensive starten**

135 Wir wollen Integration vorantreiben und Perspektiven für Geflüchtete schaffen. Mit einem
136 "Integrationsbündnis" wollen wir aufzeigen, wie Integration und der Weg in den Arbeitsmarkt
137 nachhaltig gelingen kann. Dazu gehört insbesondere die enge Einbindung von Akteur*innen aus
138 der Wirtschaft und Gewerkschaften. Denn damit Integration wirklich gelingen kann, braucht es
139 eine ebenenübergreifende Strategie vom Bund bis zur Kommune und ein gebündeltes Vorgehen.

140 Gute Integrations- und Sprachkurse sorgen dafür, dass Menschen sich schnell einleben und
141 ihren Alltag bewältigen können. Dafür müssen die Kurse von Anfang an verfügbar sein,
142 flächendeckend ausgebaut, geschlechtergerecht ausgestaltet und zuverlässig finanziert
143 werden. Die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte in Integrations- und Berufssprachkursen wollen
144 wir durch Tarifbindung verbessern und die bessere finanzielle Ausstattung der
145 Sprachkursträger gewährleisten. Wir nehmen die besonderen Anforderungen etwa an
146 Integrationskurse mit Kinderbetreuung in den Blick, damit auch Sorgeberechtigte teilnehmen
147 können. Wir wollen auch, dass mehr Sprachkurse in den Abendstunden angeboten werden, sodass
148 sie berufsbegleitend wahrgenommen werden können. Die Migrationsberatung wollen wir stärken.
149 Die Beratung muss direkt zu Beginn starten – etwa durch Angebote in den
150 Erstaufnahmeeinrichtungen.

151 Menschen, die bereits Familienangehörige oder andere Anknüpfungspunkte haben, sollen bei
152 ihnen oder in deren Nähe unterkommen können. Damit entlasten wir den Wohnungsmarkt und
153 fördern die Integration von Beginn an. Der unbürokratische Umgang mit den Geflüchteten mit
154 ukrainischer Staatsbürgerschaft hat gezeigt, wie so schnell Entlastung geschaffen werden
155 kann. Die dezentrale Unterbringung sollte immer Vorrang haben.

156
157 Der Absenkung von Sozialleistungen stellen wir uns entgegen, denn unsere Verfassung setzt
158 hier mit Blick auf Asylbewerberleistungen zu Recht einen hohen Standard, der zu beachten
159 ist: Die Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums ist als Menschenrecht
160 garantiert. Wir wollen Integration, Bildungschancen von Kindern, soziale Teilhabe und eine
161 gute medizinische Versorgung sicherstellen. So ermöglichen wir es Menschen, gut bei uns
162 anzukommen.

163 Wir investieren in Teilhabe und gesellschaftlichen Zusammenhalt – sowohl für bereits hier
164 lebende als auch für ankommende Menschen. Rassismus und Ausgrenzung stellen wir uns
165 entschieden entgegen. Den unermüdlichen Einsatz der Zivilgesellschaft erkennen wir an und
166 wollen sie stärker unterstützen.

167 **4. Menschen, die zu uns kommen, Chancen bieten und in Arbeit bringen**

168 Wer arbeiten kann, soll es auch dürfen. Unternehmen suchen händeringend nach
169 Mitarbeiter*innen, während es für viele Geflüchtete schwierig, oder zum Teil sogar verboten
170 ist, eine Arbeit aufzunehmen. Arbeitserlaubnisse sollten zügig erteilt werden ohne
171 bürokratische Hürden, wie zum Beispiel Zustimmungserfordernisse durch die Ämter. Die
172 Gleichbehandlung beim Lohn muss weiterhin gewährleistet werden. Wer hierher kommt, soll
173 seinen Lebensunterhalt auch so schnell wie möglich selbst bestreiten können. Das leistet
174 einen Beitrag im Kampf gegen den Fach- und Arbeitskräftemangel, fördert frühzeitig
175 Integration und Teilhabe und sorgt für Einnahmen in den öffentlichen Kassen. Ab dem Erhalt
176 der Arbeitserlaubnis sollen Geflüchtete in den Jobcentern bei der Arbeitsaufnahme beraten
177 und unterstützt werden. Das breite Angebot an Fördermöglichkeiten und Qualifizierung wollen

178 wir zudem individuell und verbindlich mit dem Spracherwerb verknüpfen, denn die Kombination
179 von beruflicher und sprachlicher Qualifizierung verbessert die Chancen auf dem Arbeitsmarkt.
180 Der stärkste Motor für Integration war und ist Arbeit und Beschäftigung. Dafür haben wir die
181 Möglichkeit eines Spurwechsels für Geduldete aus der Asyl- in die Erwerbsmigration
182 geschaffen und damit bereits hier lebenden Menschen einen Zugang zum Arbeitsmarkt
183 ermöglicht. Mit dem Chancenaufenthaltsgesetz und dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz ist der
184 Paradigmenwechsel eingeleitet. Wir begrüßen außerdem die von der Bundesregierung in den
185 Verhandlungen zum Migrationspaket geplanten Erleichterungen bei der Arbeitsmarktintegration,
186 zum Beispiel durch die Änderung der Stichtagsregelung bei der Beschäftigungsduldung oder die
187 Lockerung von Arbeitsverboten, die eine deutliche Verbesserung bedeuten. Daran arbeiten wir
188 weiter.

189 **5. Verfahren verbessern und beschleunigen**

190 Wir wollen für schnellere und faire Verfahren ("fast and fair") – und damit für Klarheit für
191 Betroffene wie für die Kommunen sorgen. Menschen, die Schutz suchen, bekommen so schneller
192 Gewissheit darüber, ob sie bleiben können. Zugleich muss die Qualität der Entscheidungen
193 verbessert werden und weiterhin für eine rechtssichere Ausgestaltung der Verfahren gesorgt
194 werden. Dazu gehört auch das Recht auf persönliche Anhörung und die Möglichkeit,
195 Rechtsmittel einzulegen. Wir wollen, dass Verfahren vereinfacht, angepasst und digitalisiert
196 werden. Dazu zählt insbesondere der Datenaustausch zwischen den beteiligten Behörden durch
197 eine einheitliche bundesweite IT-Plattform, die zum Beispiel eine bessere Verteilung
198 ermöglicht. Unnötige Bürokratie muss beendet werden. Aufenthaltserlaubnisse sowie Visa für
199 Erwerbs- und Bildungsmigration sollen für längere Zeiträume erteilt werden, damit nicht
200 ständig Verlängerungen vorgenommen werden müssen. Antragstellungen sollten leichter und
201 digitalisiert ablaufen. Hier gehen wir mit der Visadigitalisierung bereits wichtige
202 Schritte. Berufsabschlüsse wollen wir schneller und unbürokratisch anerkennen. So entlasten
203 wir die Behörden und schaffen Ressourcen. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
204 (BAMF), die Einwanderungs- und Ausländerbehörden der Länder, die deutschen
205 Auslandsvertretungen sowie die Verwaltungsgerichte müssen personell besser aufgestellt
206 werden. Dafür braucht es auch mehr Mittel. Wir kritisieren eine Verpflichtung von
207 Geflüchteten an der derzeitigen Praxis zur Passvergabe der syrischen Botschaft mitzuwirken,
208 denn sie sorgt für eine unnötige Verzögerung der Prozesse. Schutzsuchende müsse Zugang zu
209 Asylverfahrens- und Sozialberatung haben.

210 **6. Rückführungen rechtsstaatlich und menschenwürdig durchführen**

211 Rückführungen müssen rechtsstaatlich durchgeführt werden. Nicht jeder, der nach Deutschland
212 kommt, kann bleiben. Wer beispielsweise vor politischer Verfolgung flieht, hat ein Recht auf
213 Schutz. Wer nach individueller Prüfung auf asyl- und aufenthaltsrechtliche Voraussetzungen
214 sowie nach Ausschöpfung aller Rechtsmittel kein Aufenthaltsrecht erhalten hat und bei denen
215 keine Abschiebungshindernisse entgegenstehen, muss zügig wieder ausreisen. Dafür braucht es
216 funktionierende und menschenwürdige Regeln auch im Bereich der Rückführungen, die stets
217 rechtsstaatliche Standards sicherstellen. Die freiwillige Rückkehr hat für uns Vorrang.
218 Ausreisepflichtige, die schwere Straftaten begangen haben, müssen nach Verbüßung ihrer
219 Strafe prioritär zurückgeführt werden. Da, wo Rückführungen notwendig sind, müssen sie auch
220 vollzogen werden können. Sie sollen dabei stets dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit
221 folgen, und einem effektiven Grund- und Menschenrechtsschutz folgen. Das ist unsere
222 Leitschnur. Gerade auch für das Rückführungsverbesserungsgesetz, das ohnehin nur eine
223 geringfügige Entlastung bewirken wird. Der rechtsstaatliche Schutz im Verfahren, sowie
224 besonders der Schutz vulnerabler Gruppen sowie von Familien und Kindern muss stets
225 sichergestellt sein. Es braucht auch eine deutlich bessere psychosoziale Begleitung vor und
226 während der durchgeführten Abschiebungen.

227 **7. Migrationsabkommen abschließen**

228 Wir wollen Migration besser ordnen und steuern. Dafür wollen wir menschenrechtsbasierte
229 Migrationsabkommen abschließen, die helfen, bessere Lebensbedingungen vor Ort zu schaffen
230 und sichere und geordnete Migration zu ermöglichen. Denn eine erfolgreiche
231 Migrationspolitik, die auch besser steuert, kann nur gelingen, wenn wir mit Herkunfts- und
232 Transitstaaten verstärkt zusammenarbeiten. Mit Visaerleichterungen und
233 Ausbildungspartnerschaften erhalten Partnerstaaten eine Aussicht auf legale Migration und
234 garantieren im Gegenzug beispielsweise eine sichere Rückkehr ihrer Staatsangehörigen. Nur
235 durch umfassende Abkommen kann die Akzeptanz für die Vereinbarungen, Rückführungen und
236 geordnete und sichere Migration geschaffen werden. Mehr geregelte Migration ermöglicht
237 weniger unregelmäßige Migration. Das ist nicht nur im Interesse der Betroffenen, die zumeist
238 keine Alternative zur lebensgefährlichen Flucht haben. Sie ist vor allem auch im Interesse
239 Deutschlands, beispielsweise weil wir und unsere Wirtschaft auf zusätzliche Fach- und
240 Arbeitskräfte angewiesen sind. Uns ist wichtig, die Interessen der Partnerstaaten nicht aus
241 dem Blick zu verlieren und beispielsweise einen Braindrain zu verhindern. Es müssen nun
242 schnell tragfähige Abkommen durch den Sonderbevollmächtigten der Bundesregierung
243 ressortübergreifend koordiniert und abgeschlossen werden. Die Auswirkungen solcher Abkommen
244 wollen wir kontinuierlich evaluieren. Die aktive Einbeziehung der Zivilgesellschaft ist
245 dabei zentral. Auswirkungen solcher Abkommen wollen wir kontinuierlich evaluieren und bei
246 negativen Auswirkungen gegensteuern.

247 Das Konzept der sicheren Herkunftsstaaten finden wir nicht richtig, denn es löst keine
248 Probleme. Staaten, in denen Minderheiten systematisch verfolgt werden, sind nicht sicher.

249 Der Deutsche Bundestag hat noch im Januar den Genozid an den Jesid*innen durch den
250 sogenannten „Islamischen Staat“ anerkannt. Daraus erwächst für uns eine besondere
251 Verantwortung gegenüber den Opfern. Abschiebungen von Jesid*innen in den Irak stellen wir
252 uns darum entgegen. Wir treten dafür ein, dass Bund und Länder alle rechtlichen Mittel
253 ausschöpfen, um Abschiebungen von Jesid*innen zu verhindern. Die Möglichkeit der Rückkehr von
254 abgeschobenen Jesid*innen soll geprüft werden. Gleichzeitig streben wir an im
255 Aufenthaltsgesetz eine rechtssichere Bleibeperspektive für Jesid*innen zu schaffen.

256 **8. Gemeinsame europäische Migrationspolitik vorantreiben**

257 Wir wollen ein wirksames gemeinsames europäisches Asylsystem entwickeln. Europa ist stark
258 und handlungsfähig, wenn es zusammensteht. Wir müssen in Europa gemeinsam an einer
259 rechtsbasierten und lösungsorientierten Flüchtlingspolitik arbeiten. Wir stehen zu unseren
260 völkerrechtlichen und europäischen Verpflichtungen. Wir erwarten dabei allerdings auch, dass
261 andere EU-Staaten ihre Verpflichtungen einhalten. Der Asylantrag von Menschen, die in der EU
262 ankommen oder bereits hier sind, muss in Europa inhaltlich geprüft werden. Wir wollen eine
263 faire Verteilung von Schutzsuchenden. Deutschland hat in den letzten Jahren sehr viele
264 Geflüchtete aufgenommen. Wir wollen, dass alle Menschen, die zu uns kommen, an den
265 Außengrenzen registriert werden und es zu einer fairen Verteilung in Europa kommt. Dafür
266 müssen auch andere europäische Länder mehr Verantwortung übernehmen. Unser Ziel ist ein
267 verbindlicher Verteilmechanismus von Schutzsuchenden. Auf dem Weg dorthin soll ein
268 dauerhafter, verlässlicher und verbindlicher Solidaritätsmechanismus die Verteilung
269 maßgeblich verbessern. In den derzeitigen Verhandlungen zur Reform des Gemeinsamen
270 Europäischen Asylsystems (GEAS) setzen wir uns für ein funktionierendes, menschenwürdiges
271 System, in dem Familien und Kinder sowie vulnerable Gruppen besonders geschützt werden,
272 sowie für eine verbindliche Verteilung und Rechtsdurchsetzung ein. Grenzverfahren dürfen
273 nicht dazu führen, dass weitere Haftlager wie Moria an den Außengrenzen entstehen, die die
274 Würde und die Rechte von Schutzsuchenden verletzen. Der Entrechtung von Menschen, die durch
275 autoritäre Staaten instrumentalisiert werden, stellen wir uns entgegen. In Krisensituation

276 wollen wir Menschen in Not helfen und nicht ihre Rechte beschränken. Wir werden in enger
277 Abstimmung zwischen Europafraktion, Bundestagsfraktion, Bundespartei und
278 Regierungsmitgliedern für Verbesserungen bei den GEAS-Verhandlungen kämpfen. Auch das
279 Ergebnis werden wir gemeinsam bewerten. Unsere jeweiligen Positionierungen zu den
280 Rechtsakten werden wir davon abhängig machen, ob unter dem Strich Verbesserungen in der
281 Europäischen Asylpolitik und auch für Europa stehen. Die Einführung des auch in
282 Großbritannien gescheiterten Ruanda-Modells lehnen wir entschieden ab.

283 **9. Menschenrechte auch an den EU-Außengrenzen durchsetzen**

284 Wir wollen, dass Menschenrechte überall und jederzeit eingehalten werden - sie sind
285 unverhandelbar. Der menschenrechtswidrige Umgang mit Geflüchteten an den europäischen
286 Außengrenzen ist unhaltbar, er sorgt für Leid und Chaos. Menschenrechte werden verletzt,
287 ordentliche Verfahren sind nicht gewährleistet. Auch aus diesem Grund fliehen viele Menschen
288 innerhalb Europas weiter. So kann es nicht weitergehen. Wir wollen deshalb Regeln in Europa
289 schaffen, die rechtsstaatliche und menschenwürdige Aufnahmen und Verfahren sicherstellen.
290 Wir wollen, dass Menschenrechte an den Außengrenzen überwacht und Menschen zuverlässig
291 registriert werden. Menschenrechtsverstöße müssen konsequent sanktioniert werden.

292 Grenzkontrollen an den Außengrenzen sind eine EU-Gemeinschaftsaufgabe, die zunehmend von
293 europäischen Beamt*innen übernommen werden sollten. Deswegen wollen wir Frontex
294 rechtsstaatlich weiterentwickeln. Dazu gehört, dass Frontex sich nicht an
295 menschenrechtswidrigen Einsätzen beteiligen darf und solche Einsätze konsequent und zeitnah
296 beenden muss, so wie es in der Frontex-Verordnung vorgesehen ist. Gleichzeitig bedarf es
297 einer engmaschigen parlamentarischen Kontrolle von Frontex-Einsätzen. Wir setzen uns dafür
298 ein, dass Frontex nicht nur vom Europaparlament, sondern auch von nationalen Parlamenten
299 besser überwacht wird. Dazu gehört auch der Zugriff auf Einsatzberichte. Es muss einfacher
300 werden, Frontex für Rechtsverstöße zur Rechenschaft zu ziehen, wie beispielsweise durch eine
301 eigene Haftungsgrundlage.

302 **10. Seenotrettung stärken**

303 Wir wollen das Sterben auf dem Mittelmeer beenden. Die Seenotrettung ist eine rechtliche und
304 humanitäre Verpflichtung, die wir aus tiefer Überzeugung unterstützen. Allein in diesem Jahr
305 sind nach Angaben der Vereinten Nationen bereits mehr als 2.500 Menschen beim Versuch, das
306 Mittelmeer zu überqueren, gestorben oder gelten als vermisst. Die EU als Wertegemeinschaft
307 darf dem Massensterben in den Meeren nicht tatenlos zusehen, sondern muss es beenden. Es
308 braucht endlich eine europäische Initiative für eine staatlich koordinierte und ausreichend
309 finanzierte Seenotrettung. Die Förderung der zivilen Seenotrettung durch den Bund ist ein
310 wichtiger und richtiger Beitrag; wir treten jedoch weiter für eine EU-Seenotrettungsmission
311 ein. Die Zusammenarbeit mit der libyschen Küstenwache wollen wir endlich beenden. Wir treten
312 einer Kriminalisierung und Behinderung von Seenotrettungsorganisationen entschieden
313 entgegen. Nationale oder internationale Rechtsverschärfungen, die darauf abzielen, die
314 Seenotrettung zu erschweren, tragen wir nicht mit.

315 **11. Fluchtursachen bekämpfen**

316 Wir wollen die komplexen Ursachen für Flucht und Migration in einem umfassenden Ansatz
317 gemeinsam mit den Herkunfts- und Transitländern bearbeiten. Die wichtigsten Auslöser sind
318 bewaffnete Konflikte und Verfolgung aus politischen, ethnischen oder religiösen Gründen.
319 Hinzu kommen die sich verschärfende Klimakrise sowie strukturelle Ursachen, die in
320 wirtschaftlichen und sozialen, aber auch politischen Unsicherheiten liegen. Die Klimakrise
321 ist an vielen Orten längst Realität. Trotz all unserer Anstrengungen wird diese Krise
322 Menschen zwingen, ihre Heimat zu verlassen. Historisch betrachtet tragen die westlichen

323 Industriestaaten eine besondere Verantwortung. Europa sollte zusammen mit anderen
324 Industriestaaten vorangehen und Prozesse unterstützen, in denen mit betroffenen Staaten über
325 internationale Regulation im Rahmen des Völkerrechts zum Umgang mit klimabedingter
326 Migration, Flucht und Vertreibung sowie zum Zugang zu internationalem Schutz beraten wird
327 und klimagerechte Lösungen gefunden werden. Die EU sollte die betroffenen Staaten bei den
328 notwendigen Anpassungsmaßnahmen zur Schaffung von Klimaresilienz sowie einem Fonds für
329 Verluste und Schäden der Klimakrise unterstützen. Die allermeisten Menschen, die ihre Heimat
330 verlassen müssen, sind Binnenvertriebene oder finden Zuflucht in den jeweiligen
331 Nachbarstaaten. Mit dem Ausbau verlässlicher humanitärer Hilfe sowie strukturbildender
332 Übergangshilfe in Krisenregionen können wir Menschen – darunter auch Geflüchtete und
333 Binnenvertriebene – in ihrer akuten Notlage unterstützen. So tragen wir dazu bei, das Leid
334 unmittelbar vor Ort zu lindern. Mit Entwicklungszusammenarbeit auf Augenhöhe, sowie mit
335 fairen Handelsbeziehungen können wir langfristig zur Verbesserung der Lebensperspektiven
336 beitragen; die Bereitstellung von Stabilisierungsmitteln trägt zur Krisen- und
337 Konfliktprävention bei.